

Lösungshinweise zu den Beispielklausuren

- Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Prof. Dr. Roland Eisen
- Finanzpolitik, Dr. Gabriele Rolf-Engel

Stefan Schmidt
(25. Nov. 2005)

Wirtschaftspolitik

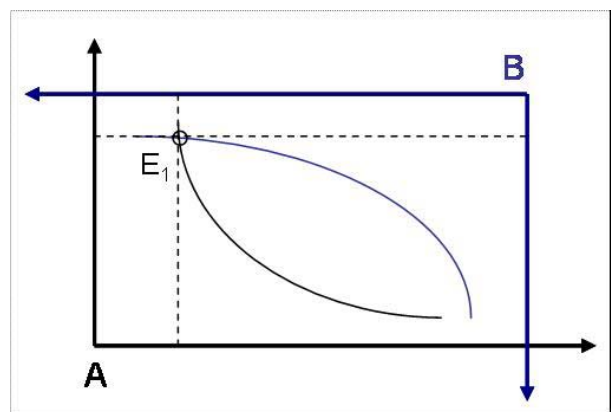
Kurzfrage 1:

Edgeworth-Box (aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie) (<http://de.wikipedia.org>)

Die **Edgeworth-Box** (nach [Francis Ysidro Edgeworth](#)) ist ein grafisches Konstrukt, das sich aus zwei Diagrammen mit [Indifferenzkurven](#) zusammensetzt.

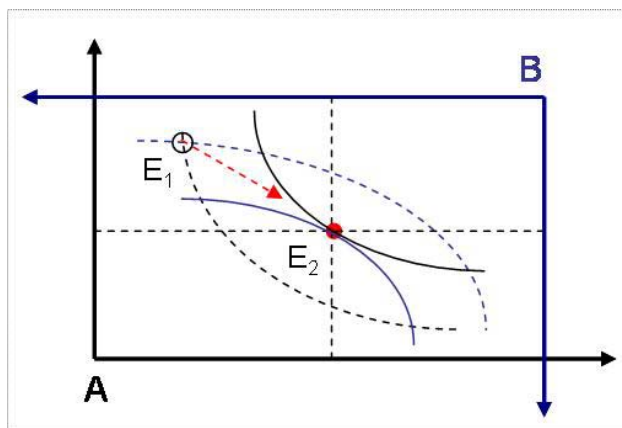
Sie geht eigentlich auf [Pareto](#) zurück, wurde jedoch zu Ehren des Philosophen und Wirtschaftswissenschaftlers [Edgeworth](#) benannt, der die Methode als einer der ersten im großen Stil angewandt hat. Sie wurde zu einem gängigen Werkzeug der [Allgemeinen Gleichgewichtstheorie](#) und wird gelegentlich auch als Tauschbox bezeichnet. Die Edgeworth-Box eignet sich zur Analyse der [Allokation](#) von zwei verschiedenen Gütern zwischen zwei Individuen in einer (Tausch-)Wirtschaft in der [Haushaltstheorie](#) oder auch der Aufteilung zweier Inputfaktoren auf zwei Unternehmen in der [Produktionstheorie](#).

Die "Box" entsteht durch die Zusammenlegung von zwei binären [Koordinatensystemen](#), welche jeweils ein Wirtschaftssubjekt repräsentieren (oder: ein Wirtschaftssubjekt und das Aggregat aller anderen Wirtschaftssubjekte). Die sich gegenüberliegenden Ursprünge stellen jeweils die Punkte dar, in denen das eine Individuum alle Einheiten der betrachteten Tauschgüter besitzt und das andere keine. Der durch die 2 mal 2 Achsen aufgespannte Raum stellt grafisch die Menge aller theoretisch möglichen Verteilungen der beiden Güter dar, wobei die Achsenlänge jeweils die gesamte vorhandene Menge des abgebildeten Gutes darstellt.



Bündel von [Indifferenzkurven](#) (Linien, die alle Güterkombinationen mit jeweils gleichem subjektivem Wert abbilden) innerhalb der Edgeworth-Box bilden die [Präferenzen](#) der Wirtschaftssubjekte ab. Dabei zeigen die Indifferenzkurven des Individuums A, dessen [Koordinatenursprung](#) links unten ist (schwarz eingezeichnet), in Richtung rechts oben zunehmende Nutzen. Umgekehrt steigt der Nutzen von Individuum B (Ursprung rechts oben, blau) mit der Verschiebung der Indifferenzkurven nach links unten.

Wenn nun in der Grafik E1 die anfängliche Verteilung (Anfangs-Allokation) der Güter 1 und 2 auf die Individuen A (schwarz) und B (blau) darstellt, gibt jene Indifferenzkurve, die diesen Punkt beinhaltet, das aktuelle Nutzenniveau an. In dieser Situation können beide Individuen durch Tausch einen höheren Nutzen erreichen. Im Bereich innerhalb der "Linse", die durch die beiden Indifferenzkurven dargestellt wird, erreichen beide Wirtschaftssubjekte ein höheres Nutzenniveau, ohne den jeweils anderen zu schädigen. Eine solche Situation ist strikt besser - oder pareto-superior - gegenüber der Ausgangssituation. Der freiwillige Tausch wird nun genau solange stattfinden, bis die Indifferenzkurven keine Linse mehr bilden, sondern sich nur noch in einem Punkt berühren (E2). Dieser wird als Gleichgewichtsallokation bezeichnet, weil hier der Tausch zum Erliegen kommt, ein Marktgleichgewicht hergestellt ist.



Aus: "<http://de.wikipedia.org/wiki/Edgeworth-Box>", Kategorie: Mikroökonomie

Kurzfrage 2:

Definition

Das **Spinnwebtheorem** (engl.: *cobweb theorem*) stellt einen Erklärungsansatz für das oszillierende Verhalten von Preis und Mengen an Warenmärkten dar.

Der Grund dafür liegt im verzögerten Handeln der Anbieter. Diese orientieren sich bei der Planung ihres Angebots - faktisch der Produktionsplanung - an den Preisen der Vorperiode. Dagegen ist die Nachfrage vom Preis der aktuellen Periode abhängig. Je nach Ausgangssituation kommt es dabei zu Angebotsüberhängen, die einen Preisrückgang zur Folge haben. Die Reaktion der Anbieter darauf ist eine Reduktion des Angebots, was in der Folgeperiode wieder zu steigenden Preisen führt.

Solange der Preis vollständig vom aktuellen Angebot bestimmt wird und das Angebot vollständig durch den Preis der vorangegangenen Periode, setzt sich das Muster der Fluktuation von Preis und Produktion unbestimmt lange fort, ohne dass ein Gleichgewicht erreicht wird.

Das Spinnwebtheorem wurde als theoretische Erklärung f. d. sog. Schweinezyklus diskutiert.

- Ezekiel, M., *The cobweb theorem*, in: The quarterly journal of economics, Band 52, S. 255-280, Cambridge 1937/38

(Aus: <http://content-kiosk.de>)

Definition

Schweinezyklus (auch *Schweinebauchzyklus*) ist ein Begriff aus der Wirtschaftswissenschaft und bezeichnet eine periodische Schwankung auf der Angebotsseite, wie sie exemplarisch ursprünglich auf dem Markt für Schweinefleisch nachgewiesen wurde.

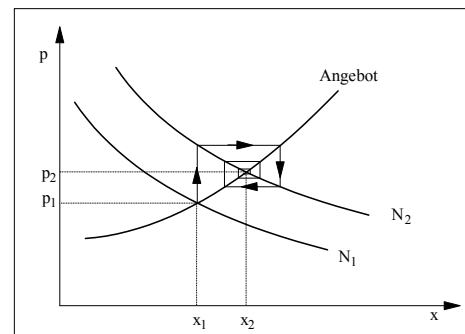
Die dabei zutreffende und empirisch bestätigte Theorie geht auf die beiden US-amerikanischen Agrarökonom Mordecai Ezekiel und G.C. Haas zurück, die zwischen 1925 und 1929 mehrere Untersuchungen über den US-amerikanischen Schweinemarkt veröffentlicht haben. Arthur Hanau (1902-1985) hat in seiner "Schweinefibel" von 1930 diese Arbeiten erwähnt. Er hat in seiner viermal erschienenen Dissertation (1927, 1928, 1930 und 2003) über die "Prognose der Schweinepreise" auf die Arbeiten dieser beiden Agrarökonom hingewiesen. Er betonte, daß "wissenschaftliche fundierte Aussagen der Schweinepreise zuerst in den Vereinigten Staaten von Amerika bearbeitet und veröffentlicht wurden". Bei hohen Preisen kommt es zu verstärkten Investitionen, die sich allerdings wegen der Aufzuchtzeit erst verzögert auf das Angebot auswirken und dann zu einem Überangebot und Preisverfall führen. Infolgedessen kommt es zur Reduzierung der Produktion, die sich ebenfalls erst zeitverzögert auswirkt und dann zu einem Überschuss der Nachfrage und dadurch steigenden Preisen führt. Durch diese Zeitverzögerungen im Regelmechanismus zwischen Angebot, Nachfrage und Preis entsteht eine instabile Marktsituation, die das Angebot regelmäßig schwanken lässt.

Der Begriff wird im übertragenen Sinne für ähnliche Vorgänge zum Beispiel auf bestimmten Arbeitsmärkten gebraucht: Hohe Gehälter führen zu einer steigenden Zahl von Studienanfängern, die dann nach mehreren Jahren gleichzeitig auf den Arbeitsmarkt drängen. Die schlechteren Jobaussichten schrecken sodann neue mögliche Studienanfänger ab. (Aus: <http://content-kiosk.de>)

Erklärung zu ähnlicher Aufgabenstellung in Mikroökonomie bei Gabriele Hildmann Stefan Schmidt

Mit dem Cobweb-Modell werden zyklische Schwankungen eines Marktes erklärt:

Kommt ein Angebot auf den Markt und die Käufer sind bereit, einen höheren Preis zu zahlen, erzielen die Verkäufer einen höheren Gewinn. Darauf hin produzieren die Verkäufer mehr, was zu einem Überangebot auf dem Markt führt. Die Käufer sind aufgrund des Überangebotes nicht mehr bereit so hohe Preise zu zahlen, was wiederum zu einer Senkung des Preises führt. Dies führt zu einer Senkung der Produktion bei den Anbietern und die Spirale setzt sich fort. Wie und ob sich ein Gleichgewicht einstellt ist von der jeweiligen Angebots- bzw. Nachfragekurve abhängig.



Die Grafik zeigt, warum es Spinnwebtheorem genannt wird.

Kurzfrage 3:

Siehe Skript Prof. Dr. Roland Eisen S. 64-68

Aufsatzthema 1:

Im Rahmen der Transformationsdebatte spielt die Privatisierung (Überführung des Eigentums von Staatshand in die private Hand) eine zentrale Rolle.

Beschreiben Sie die wesentlichen Formen und bewerten Sie diese nach verschiedenen Kriterien (wie Geschwindigkeit, Staatseinnahmen, Gerechtigkeit usw.)

Siehe dazu auch Skript Prof. Dr. Roland Eisen S. 11-27

Lösungsansatz (Stefan Schmidt):

Es wird prinzipiell zwischen zwei Wegen zur Marktwirtschaft unterschieden: Zum einen kann man das Volkseigentum (staatliche Betriebe) an das Volk bzw. die Belegschaft verschenken. Zum anderen besteht die Möglichkeit des Verkaufs, wobei hier verschiedene Formen der Veräußerung möglich sind (*Skript, S.12*).

Es bieten sich beim Verkauf folgende Optionen an:

Offener Verkauf (an Outsider)

Dabei werden die Staatsbetriebe an beliebige „Außenstehende“ – also dem Betrieb nicht notwendigerweise nahe stehende – Personen veräußert.

Geschwindigkeit: Es besteht das Problem der Wertbemessung der Unternehmen und des begrenzt vorhandenen inländischen Kapitals. Die Privatisierung wird durch die Bewertungsarbeit und die Verhandlungsprozesse stark verzögert.

Staatseinnahmen: Durch den Verkauf kann ein bestehender Geldüberhang abgeschöpft werden, der die Staatsfinanzen aufbessert. Allerdings ist der Verkauf auch immer mit hohen Kosten durch ausgebildete Arbeitskräfte und notwendiger Subventionen verbunden.

Gerechtigkeit: Diese Variante ist Ungerecht, da der „kleine Mann“ sich so etwas nicht leisten kann und durch den undurchsichtigen Verkaufsprozess politische Spannungen entstehen können.

M-E-Buyouts (Management, Mitarbeiter)

Hierbei werden die Staatsbetriebe an Mitarbeiter veräußert. Dabei kommen Anteilsscheine oder Bargeld bzw. auch Kombinationen in Betracht. Nachteile sind u.A. die Schwächung des Managements durch fehlende Kontrollen (kein Outsider, der steuert) und der fehlende neue Input von Kapital und Know-how. Außerdem werden Outsider aufgrund von Interessenkonflikten von Investitionen abgehalten.

Geschwindigkeit: Buyouts sind schnell und problemlos zu realisieren, da nicht erst ein „Käufer“ gefunden werden muss und die Preise i.d.R. günstig sind.

Staatseinnahmen: Die Einnahmen liegen beim Buyout schlechter, da zum einen keine kapitalkräftigen Outsider existieren und zum anderen der Staat geringere Preise der Insider verlangen wird.

Gerechtigkeit: Auch hier besteht eine Ungerechtigkeit, da Mitarbeiter immer von der Qualität des eigenen Betriebs abhängig sind. In „schlechten“ (schwachen) Betrieben investieren sie demnach schlecht – in guten Betrieben haben sie einen Vorteil, da sie dabei gewinnen.

Equal-Access Voucher Privatisierung

Dabei werden Berechtigungsscheine gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt und jeder kann nach eigenem Ermessen direkt in die versteigerten Firmen investieren. Zulässig sind u.U. auch Konzentrierung der Vouchers zu Investmentfonds, um aktive Anreize der Geschäftsführung zu schaffen (*Motivation der Geschäftsführung?*).

Geschwindigkeit: Schnell zu realisieren, da keine Käufer gefunden werden müssen. Die Vouchers müssen lediglich verteilt und der Auktionsprozess durchgeführt werden. Es existieren keine Kapital- oder Verhandlungsprobleme, da niemand investieren muss.

Staatseinnahmen: Da hier die Voucher-Eigentümer nichts zahlen, sondern nur ihren Anteilsschein einem bestimmten Betrieb (Fond) zuordnen, ergeben sich für den Staat keine Einnahmen.

Gerechtigkeit: Da „jeder“ im Land gleichberechtigter Eigentümer wird und zudem seine „Investition“ frei wählen kann, ist dieses Verfahren besonders gerecht!

Aufsatzthema 2:

Die marktmässige Koordination der Einzelpläne der Wirtschaftssubjekte wird durch eine Reihe von Allokationsproblemen behindert oder gar unmöglich gemacht. Beschreiben Sie die drei wichtigsten Ursachen für das sog. Marktversagen. Kennzeichnen sie deren Folgen und geben Sie Hinweise, wie die Wirtschaftspolitik hierauf reagieren kann.

Siehe dazu auch Skript Prof. Dr. Roland Eisen S. 33-38
Insbesondere S. 34 II+III: Wettbewerbshemmnisse, Unterversorgung/Übernutzung
pol. Güter, Instabilitäten. Siehe auch Streit, Kapitel 1-3.

Hinweis zum Verständnis: Nach meinem Ermessen bedeutet „Allokationsproblem“ in diesem Zusammenhang, die problematische Zuordnung der eigentlichen Kosten/Gewinne. Beispielsweise beim Wettbewerb führt ein Kartell zu verzerrten Preisen und Arbeitslosigkeit. Ganz grob und platt gesprochen: Die Gewinne des Kartells gehen auf Kosten der Arbeitslosen – dies ist eine fehlerhafte Verteilung (Allokation) der Kosten. Bei den öffentlichen Gütern ist es wünschenswert, dass der Staat die Umverteilung (Allokation) der Kosten für öffentliche Güter übernimmt. Er zieht Steuern ein und baut dafür Strassen und Wege. Bei den externen Effekten besteht das Allokationsproblem darin, dass jemand beispielsweise einen Schaden hat (z.B. Luftverschmutzung) und diesen (ohne staatlichen Eingriff) nicht ersetzt bekäme. Eine Fabrik würde sich also beispielsweise auf Kosten der Anwohner „bereichern“ – ohne den Schaden auszugleichen. Wenn der Staat nun Emissionsauflagen macht, muss die Fabrik vermutlich Reinigungsanlagen anschaffen und die Kosten werden wieder der Fabrik (Verursacher) zugeführt/zugeordnet.

Lösungsansatz (Stefan Schmidt):

Als Marktversagen wird die Funktionsunfähigkeit (oder das nicht zustande kommen) eines Marktes bezeichnet. Dies ist der Fall, wenn der Markt sich durch bestimmte Einflüsse oder Faktoren nicht (oder nicht mehr) selbst „regeln“ kann. Wichtigste Ursachen dafür sind (es gibt – je nach Literatur – weitere, die hier jedoch keine Beachtung finden):

Marktversagen bei Wettbewerbshemmnissen (Wettbewerbsbeschränkungen)

Ursache: Hier versagt der Markt durch Handlungen einzelner Individuen zum eigenen Vorteil. Dabei werden Gewinne nicht durch Leistung, sondern durch die Einschränkung des Wettbewerbs erzielt. (z.B. Preis- und Mengenabsprachen, Bildung von Kartellen, Ausnutzung marktbeherrschender Stellung, Monopolbildung, etc.).

Folgen: Individuen (Unternehmen), die sich an die „Regeln“ des freien Markts halten werden übervorteilt und vom Markt ausgeschlossen. Sie können mit eigenen Mitteln nicht (mehr) am Markt teilnehmen und verschwinden mittel- oder langfristig vom Markt. Wettbewerbshemmnisse führen demnach auch zu Arbeitslosigkeit.

Lenkungsbedarf: Der Staat kann durch Gesetze die entsprechenden Wettbewerbsvoraussetzungen schaffen (z.B. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen = GWB). Das GWB regelt Kartellverbot (gegen Preis- und Mengenabsprachen), Zusammenschlusskontrolle (Fusionskontrolle gegen Marktbeherrschung), sowie die Missbrauchsaufsicht (gegen Missbrauch von Marktmacht).

Marktversagen bei öffentlichen bzw. politischen Gütern

Ursache: Hier sind zwei Ursachen zu nennen: Zum einen die Tatsache, dass von bestimmten Gütern (z.B. innere und äußere Sicherheit, Infrastruktur) niemand ausgeschlossen werden kann und deshalb niemand bereit wäre dafür (freiwillig) zu bezahlen. (Wenn ein Wald als Erholungsgebiet existiert kann man den Einzelnen schwerlich davon abhalten den Wald zu „nutzen“). Auch die Unteilbarkeit oder nicht Zuordenbarkeit solcher Güter kann problematisch sein. Zum anderen ergibt sich ein Marktversagen bei „Nicht-Rivalität“, also bei beliebiger Nutzung eines Gutes, ohne das jemand schlechter gestellt wird (Beispielsweise Nutzung von Meerwasser).

Folgen: Niemand würde auf einem Markt öffentliche Güter anbieten, da es potentiell keine Abnehmer dafür gäbe.

Lenkungsbedarf: Da es sozial wünschenswert ist, beispielsweise innere- und äußere Sicherheit zu haben, kann der Staat die Bereitstellung dieser Güter übernehmen und die Kosten dafür umlegen (z.B. durch Einzug von Steuern, Zuteilung von Schürfrechten).

Marktversagen bei externen Effekten

Ursache: Durch Produktion oder Verbrauch eines Verursachers entstehen einem anderen (unbeteiligten) Wirtschaftssubjekt unvermeidbare Schäden (negativer Effekt) oder Nutzen (positiver Effekt). Weder die Schäden (Kosten) werden vom Verursacher noch die Nutzen (Gewinne) vom Nutzer ausgeglichen.

Folgen: Dies führt zu Abweichungen zwischen privaten und volkswirtschaftlichen Kosten (Preisverzerrungen, suboptimale Allokation).

Lenkungsbedarf: Der Staat kann durch Regulierung (z.B. Regelung von Emissionsmengen), Steuern (z.B. Benzinsteuern, Pigou-Steuer), sowie durch Subventionen (Förderung gewünschter Verhaltensweisen) auf die Wirtschaftssubjekte einwirken und eine Umverteilung der Kosten erwirken.

Marktversagen bei asymmetrischer Information

Politisch nicht so relevant ist das Marktversagen bei Ausnutzung unterschiedlicher Informationsstände. Dabei hat dasjenige Wirtschaftssubjekt einen Marktvorteil, wenn es bestimmte Informationen besitzt, die andere am Markt beteiligte Subjekte nicht besitzen (z.B. Informationsdifferenz zwischen Verkäufer – Käufer. Der Käufer ist den Aussagen des Verkäufers oftmals „ausgeliefert“). Der Staat hat hier nur begrenzte Lenkungsmöglichkeit, die meines Erachtens im Anbieten von (Aus-)Bildung bestehen kann.

Hier die Kurzform zum „Eintrichtern“:

Ursachen für Marktversagen:

1. Wettbewerbsbeschränkungen
2. öffentliche Güter
3. externe Effekte
4. asymmetrische Information

Im Einzelnen:

Marktversagen bei Wettbewerbsbeschränkungen:

- Ursache: Gewinne nicht durch Leistung, sondern durch Wettbewerbshemmnisse
- Folgen: Preise sind nicht (mehr) vom Markt bestimmt -> Marktausschluss anderer Unternehmen -> Arbeitslosigkeit
- Lenkung: Gesetze, Insbesondere Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) regelt:
 - i. Kartellverbot
 - ii. Zusammenschlusskontrolle
 - iii. Missbrauchsaufsicht

Marktversagen bei öffentlichen Gütern:

- Ursache: Problem des allgemeinen Zugangs (nicht Ausschliessbarkeit) von öffentl. Gütern und der Nicht-Rivalität (durch Nutzung keine Schlechterstellung anderer)
- Folgen: Es wird kein Markt für öffentl. Güter entstehen
- Lenkung: Bereitstellung sozial wünschenswerter Güter und „Umlegung“ auf Steuern

Marktversagen bei externen Effekten:

- Ursache: Durch Produktion oder Verbrauch eines Verursachers entstehen einem Anderen Schäden (neg. Effekt) oder Nutzen (pos. Effekt)
- Folgen: Weder Schäden noch Nutzen werden dem Verursacher bzw. Nutzer zugerechnet. Dies führt zu Abweichungen zwischen privaten und volkswirtschaftlichen Kosten. (Preisverzerrung, nicht-optimale Allokation)
- Lenkung: Regulierung (z.B. Emissionen), Sanktionen (z.B. Pigou-Steuer), Subventionen (z.B. Förderung v. Umweltprogrammen)

Marktversagen bei asymmetrischer Information:

- Ist volkswirtschaftlich nur bedingt relevant, da hier staatliche Lenkungsmöglichkeiten gering sind.

Allokation

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Eine **Allokation** (vom lateinischen *allocare* (platzieren)) ist eine Zuordnung von Elementen einer Menge zu Elementen einer anderen Menge. In der Regel ist die allozierte Menge eine Menge von Ressourcen und von Subjekten oder Objekten, welche die Ressource(n) verwenden. Kennzeichnend ist, dass eine bereits allozierte Ressource nicht gleichzeitig einem anderen Subjekt oder Objekt zur Verfügung steht.

Das zugehörige [Verb](#) lautet allozieren. In der Computerwissenschaft wird heute auch die Verbform *allokieren* (engl. *to allocate*) verwendet.

In verschiedenen Wissenschaften hat dieser Begriff jeweils eine spezifische Bedeutung.

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Allokation>

Wirtschaftswissenschaft

In der [Wirtschaftswissenschaft](#) bezeichnet man das Zuordnen knapper [Ressourcen](#) auf verschiedene Verwendungsmöglichkeiten als Ressourcenallokation. Ein bestimmter [Produktionsfaktor](#) (Rohstoff, Vorprodukt, Energie, Arbeitskraft, Finanzmittel, Recht), der zur Produktion des Gutes X eingesetzt wird, kann damit nicht gleichzeitig alternativ zur Produktion eines Gutes Y verwendet werden. In einer [Marktwirtschaft](#) wird die Allokation auf [Märkten](#) über den [Preis](#) der Ressource gesteuert. Derjenige, der die Ressource am dringendsten braucht, ist wahrscheinlich bereit, einen höheren Preis zu zahlen. Gegenstand einer vergleichenden Betrachtung können mehrere mögliche Allokationen sein, um die optimale zu finden. Zum Beispiel kann aus der Menge der zulässigen Allokationen die Menge der [pareto-effizienten](#) Allokationen bestimmt werden. Für öffentliche Güter urteilte [Richard Musgrave](#), dass die Allokation [meritorischer](#) und [sozialer Güter](#) eine der Kernaufgaben des [Staates](#) sei.

Von "<http://de.wikipedia.org/wiki/Allokation>"

Hinweis:

Der engl. Begriff „*allocate*“ wird (u.A.) übersetzt mit:
verteilen, zuteilen, zuordnen, vergeben

Der Begriff „**Allokationsprobleme**“ kann demnach auch mit „**Verteilungsprobleme**“ übersetzt werden.

Nicht ganz passend zum Thema, aber erklärt, was gemeint ist:

Umwidmung von Mitteln

Technische Universität Berlin
Servicebereich Forschung



Ergibt sich bei der Projektdurchführung die Notwendigkeit, die Mittel anders einzusetzen als es in der Bewilligung des Drittmittelgebers vorgesehen ist, sind in erster Linie die Bewilligungs- bzw. Zuwendungsrichtlinien zu beachten. Die Bedingungen der öffentlichen Mittelgeber lassen in der Regel eine Umwidmung von Mitteln ggf. bis zu einer bestimmten Höhe oder nur für bestimmte Verwendungszwecke zu. Andernfalls wird ein schriftliches Beantragungs- und Bewilligungsverfahren vorausgesetzt.

Marktversagen - Ursachen

Ursachen von Marktversagen

- Externe Effekte (zu hohes oder zu niedriges Angebot durch: Free-Rider-Problem, Tragedy of the Commons, Low-Cost-Situation, Verbindung mit privatem Gut, Erzeugung sozialen Drucks)
- öffentliche Güter (Nicht-Ausschliessbarkeit und Nicht-Rivalität im Konsum)
- Zunehmende Skaleneffekte (Monopolsituation)
- Kartelle
- Zu hohes Risiko (fehlender Unternehmergeist und zu wenig dynamischer Markt)
- Informationsunvollkommenheit und- asymmetrie (adverse selection, moral hazard).
- Mangelnde Anpassungsgeschwindigkeit, Rigiditäten (sunk cost, langfristige Verträge)
- Moralische Bedenken und Verdrängung intrinsischer Motivation (Kauf von Parlamentssitzen, Rückgang des Angebots aufgrund grösserer extrinsischer Motivation, Verstärkungseffekt vs. Crowding-Out)
- Stabilität undw eitere Marktversagen (Instabilität des Preissystems, Soziale Kosten der Arbeitslosigkeit führen zu Instabilität)

Öffentliche Güter: Nicht-Ausschliessbarkeit, Nicht-Rivalität im Konsum. *Folgen* Staatseingriffe (Antitrust-Politik, Technologieförderung, sozialpolitische Massnahmen u.a.) *Implizite Annahme* Der Staat verfolgt als abstrakte Einheit wie ein wohlwollender Diktator das Wohl der Gesellschaft.

Informationsmängel - Ursache für Marktversagen

Informationsmängel als Ursache von Marktversagen Keywords für Volltextsuche: Informationsmängel, Unkenntnis, Unsicherheit, Preisunkennntnis, Nutzenunkennntnis, Qualitätsunkennntnis, unternehmerisches Risiko,

http://www.finanzxl.de/lexikon/Marktversagen_Ursachen.html

Sehr gute Definitionen zu Marktversagen findet man auch in den PDFs!!!

Die Notwendigkeit von Ordnungspolitik

(Skript S.36-38, sowie S.55)

Wirtschaftspolitischer Lenkungsbedarf läßt sich aus Ordnungsproblemen und Funktionsschwierigkeiten einer marktmäßigen Koordination ableiten:

Ordnungsproblem

Das Ordnungsproblem besteht darin, die Voraussetzungen zu schaffen, dass ein Markt funktionieren kann. Diese Funktion wird dem Staat zugesprochen. Er sorgt für den Schutz des Wettbewerbs, für Gesetze (Rahmenbedingungen), Stabilisierung von Märkten, Monopolregelung, Verteilung, Schutz vor Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen, etc..

Funktionsschwierigkeiten

Funktionsschwierigkeiten ergeben sich aus:

- Substitutionsproblemen (siehe dazu unten, Zusammenfassung von Streit)
 - Umwidmung
 - Raumüberwindung
 - Nutzeneinbußen

- Mangelnde Marktfähigkeit
(Beispiel innere oder äußere Sicherheit, Luft, Meerwasser, Nutzung öffentlicher Strassen, etc.) - Hier werden alternative Zuteilungsmöglichkeiten benötigt (Allokationsmechanismen)
 - Nicht Rivalität in Ge- und Verbrauch (Jemand der Meerwasser entnimmt stellt dadurch niemanden schlechter)
 - Nicht Ausschließbarkeit (Verwendung von Luft – man kann niemanden daran hindern Luft zu „benutzen“)

Verteilungspolitischer Handlungsbedarf

(Skript S.36-38)

Da ein Marktsystem niemals vollkommen gerecht (verteilungsgleich) sein kann, ist es sozial erwünscht, dass der Staat ausgleichend handelt. Die Verteilungsungleichheit kann im Wesentlichen in zwei Kategorien unterteilt werden:

1. Verteilung der Marktchancen

Darunter zu verstehen ist die Chance eines Individuums oder eines Unternehmens, am Markt erfolgreich zu sein. Es gibt verschiedene Gründe, warum die Voraussetzungen individuell unterschiedlich sind:

- a. naturbedingte Zufälligkeiten („Glück“, „zur rechten Zeit am rechten Ort“)
- b. Arbeitsvermögen (Qualifikation, Know-how)
- c. Produktivvermögen (Fleiß, Effektivität)

2. Verteilung der Marktergebnisse

Darunter zu verstehen ist die möglicherweise ungleiche Verteilung der „Gewinne“ (Ergebnisse) eines Marktes (Bsp.: Ein Unternehmen ist Marktführer und streicht aufgrund seiner Marktmacht die größten Gewinne ein, obwohl ein anderes Unternehmen ein gleichwertiges oder besseres Produkt zum gleichen Preis anbietet). Dies resultiert in:

- a. Einkommen
- b. Vermögensänderungen

Der Staat hat nun verschiedene Möglichkeiten, sowohl auf die Marktchancen, als auch auf die Marktergebnisse Einfluß zu nehmen.

1. Einfluss auf Marktchancen

Hier wird Chancengleichheit der am Markt teilnehmenden Individuen unterstützt:

- a. Subventionierung
- b. Besteuerung
- c. Beeinflussung der Humankapitalbildung (Ausbildung)
- d. Korrekturen der Vertragsfreiheit

2. Einfluss auf Marktergebnisse

Hierdurch wird eine „gerechtere“ Verteilung der Ergebnisse angestrebt („reich“ gibt ab an „arm“):

- a. Besteuerung
 - i. Einkommen
 - ii. Vermögensänderung
- b. Transfers
 - i. Monetär
 - ii. Natural (Waren)

Wichtige Texte in Streit, Theorie der Wirtschaftspolitik (6. Auflage)

Die gelenkte Marktwirtschaft: Kap.2, S.52, Kap.2.4, S.57ff.

Ordnungspolitischer Handlungsbedarf: Kap. 2.5, S.66ff.

Allokationsprobleme bei marktmäßiger Koordination: Kap.3, S.75ff.

Substitution: Kap.3.1, S.76ff.

Zusammenfassung wichtiger Textstellen in Streit, Kapitel 1: Ordnungsprobleme gesellschaftlichen Wirtschaftens.

1.3.1.2 Ursachen von Marktversagen

Wenn die Koordination ausschließlich Markthandlungen überlassen wird, können Allokationsprobleme entstehen. Die Phänomene bewirken:

- daß Märkte (für bestimmte Güter) gar nicht entstehen können
- daß es ökonomisch bedeutsame Beziehungen zwischen Wirtschaftseinheiten gibt, die nicht durch Markthandlungen entstehen
- daß trotz Marktfähigkeit von Faktoren und Gütern die Modellmechanik der vollkommenen Konkurrenz gestört wird
- daß das Entscheidungsverhalten der Individuen von demjenigen abweicht, das ein Optimum ermöglichte

Verletzungen von Optimalbedingungen sind die wohlfahrtsökonomische Folge. Diese sind:

- Kollektivgüter und externe Effekte
- Substitutions- und Koordinationshemmnisse
- unvollkommene Information und Ungewissheit

1.3.1.3 Marktversagen und staatliche Ersatzvorname

Siehe dazu auch die PDFs!

Zusammenfassung wichtiger Textstellen in Streit, Kapitel 2: Ordnungsprobleme gesellschaftlichen Wirtschaftens.

2.1 Arten und Eigenschaften von Ordnungen

Geplante und Ungeplante Ordnung

Geplante Ordnung entsteht durch Organisation.

Ungeplante Ordnung bildet sich im Verlauf des Zusammenwirkens verschiedener Elemente (die Marktordnung entwickelt sich durch nicht zusammenhängende oder von einem Organisator koordinierte Markthandlungen).

Jedoch:

Individuen handeln nicht isoliert, sondern wechselseitig angepasst
Bereiche, auf die Sie Einfluß nehmen sind vielfältig vernetzt

Der Staat hat dabei regelnde Funktion zur Organisation der Rechtsordnung (Schaffung der Rahmenbedingungen – nicht der Ordnung selbst).

2.2 Die Ordnungsfragen

2.4 Die gelenkte Marktwirtschaft

Der Staat hat die Aufgabe eine materielle Infrastruktur (Kollektivgüter) zur Verfügung zu stellen (Adam Smith, zitiert von Streit, Kap.2.4, S.57).

2.4.1 Marktmäßigkeit

Marktmäßigkeit ist:

- die Individuen dezentral nach selbst gesetzten Zielen wirtschaften zu lassen (Privatautonomie)
- Ihr Handeln der Koordination durch Märkte zu überlassen (Selbstkoordination)
- der Wettbewerb kontrolliert die Wahrnehmung der Privatautonomie (Selbstkontrolle)

2.4.4 Lenkungsbedarf

Staatliche Aufgabe: Die marktmäßige Koordination soll möglichst weitgehend mit politischen Zielen übereinstimmen. Dazu bietet sich an:

- Einschränkung der Privatautonomie (z.B. Produktionsauflagen)
- Einschränkung der Vertragsfreiheit (z.B. Mieterschutz, Verbraucherschutz, allgemeinverbindliche Tarifverträge)
- Einschränkung der Berufsfreiheit und Freizügigkeit (z.B. Es darf nicht jeder Arzt werden, Militär auf Staat beschränkt)

„Zusätzlicher Bedarf an solchen Einschränkungen wird politisch mit Marktversagensvermutungen sowie mit dem Sozialstaatsprinzip begründet.“

Interventionen in den Wirtschaftsablauf werden in Hinblick auf die Gesamtwirtschaft (Konjunkturpolitik, Globalsteuerung) bei Instabilität (z.B. Arbeitslosigkeit) begründet.

Durch Sozialstaatsprinzip wird die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst. Unerwünschte Folgen des Marktversagens????????????????????????????????

Zusammenfassung wichtiger Textstellen in Streit, Kapitel 3: Allokationsprobleme bei marktmäßiger Koordination

Allokation (nach Streit):

Art und Weise, in der Ressourcen konkurrierenden Verwendungen in einer ... Volkswirtschaft gewidmet werden. (*würde ich übersetzen mit: Art und Weise, wie Ressourcen verteilt werden*)

3.1 Substitution

Würde ich (laienhaft) übersetzen mit „Austauschbare (Wahl-)Handlungen“. Es sind diejenigen Alternativen, die ein Individuum (Unternehmen) wählen kann, um am Markt (weiterhin erfolgreich) teilzunehmen (keine Garantie! ;-).

Nach Streit werden Substitutionsvorgänge durch (externe) Veränderungen (Einkommensanstieg, Generationswechsel, technischer oder organisatorischer Fortschritt) und damit verbundenen Wirkungen hervorgerufen. Das Unternehmen wird dadurch also „gezwungen“ zu handeln.

Streit nennt insbesondere:

- Änderungen in der Nachfrage (Produktzweige, Standorte)
- Produkte, Produktionsanlagen und Standorte sind durch Produkt- und Prozessinnovationen bedroht
- Wissen und Fähigkeiten sind durch neue Erkenntnisse (Produkte, Prozesse) bedroht

Substitutionshemmnisse

Substitutionshemmnisse behindern die beliebige Austauschbarkeit von Handlungen, Produkten, Prozessen, Standorten, etc.. Sie beziehen sich lt. Streit immer auf Mobilität oder Immobilität:

- Sachliche Mobilitätshemmnisse entstehen beispielsweise bei Kuppelprodukten (die Herstellungsmenge eines Produkts ist abhängig von der Herstellungsmenge eines anderen Produkts – z.B. Raffinerie). Unteilbarkeit verhindert, dass kleinere Anpassungen an die Nachfrage nicht möglich sind (entweder Stilllegung der Anlage oder komplettes Volumen der Destillationsanlage).
- Zeitliche Mobilitätshemmnisse bestehen bei Gütern, die ihren Nutzen über die Zeit abgeben (z.B. Produktionsmaschine, Auto). Man kann dies auch als Unteilbarkeit aus zeitlicher Sicht beschreiben.
- Persönliche Mobilitätshemmnisse ergeben sich, wenn Substitutionshandlungen aus subjektiven bzw. individuellen (und nicht finanziellen/objektiven) Beweggründen geschehen und dadurch nicht mehr „neutral“ sind. Z.B. ein lukrativer Wechsel des Arbeitsplatzes erfolgt nicht, wegen des guten Betriebsklimas in der derzeitigen Firma.
- Räumliche Mobilitätshemmnisse sind beispielsweise standortbedingte Faktoren für Produktion oder Konsum (Klima, Landschaft, Rohstoffvorkommen etc.). Kohle kann z.B. nur an bestimmten Orten abgebaut werden, wird aber an vielen Orten benötigt. Eine Ortsveränderung der Produktion (oder des Konsums) ist in ihrem Fall ausgeschlossen. Ein Konsument wird jedoch nicht zum Kohlebergwerk gehen, um sich dort aufzuwärmen.

Substitutionskosten

Um oben genannte Substitutionshemmnisse zu überwinden, entstehen i.d.R. Kosten. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sind die Substitutionskosten zur Überwindung der Substitutionshemmnisse von Bedeutung und nicht die Substitutionshemmnisse selbst. Folgende Substitutionskosten werden von Streit unterschieden:

Kosten der Umwidmung (Bestimmungsänderung)

Darunter versteht man die Änderung vom ursprünglichen Nutzen zu einem anderen Nutzen (beispielsweise den Umbau einer Maschine).

Kosten für Nutzeneinbußen

Beispielsweise ist der Nutzen von Know-how nicht mehr so hoch, wenn das entsprechende Produkt (oder Produktionsverfahren, etc.) nicht mehr benötigt wird oder erst durch Schulung (Substitutionskosten!) aktualisiert werden muss.

Kosten der Raumüberwindung (Transportkosten)

Standortbedingt müssen Ressourcen oder Produkte zu Produktionsstätten oder Konsumenten transportiert werden.

Allokationsfolgen von Substitutionskosten

Die Substitutionskosten schränken generell die möglichen (lohnenden) Handlungen ein. Streit führt dies am Beispiel der Transportkosten auf. Beispielsweise würde ein (kleiner) regionaler Bierbrauer nicht in die USA liefern, weil die Transportkosten zu hoch sind. Sinnvolle Lieferregion wäre vielleicht Deutschland oder evtl. sogar nur innerhalb des ansässigen Bundeslandes.

Außerdem nennt er die Kosten der Raumüberwindung (Transportkosten) auch als Grund für die Begrenzung interregionaler und internationaler Arbeitsteilung. Halbfertige Produkte von A nach B zu transportieren um lokale Standortvorteile (z.B. Kostenvorteile) zu nutzen wird dadurch fraglich.

Er hält auch die Kosten der Raumüberwindung dafür verantwortlich, dass Branchengleiche (-ähnliche) Anhäufungen in bestimmten Regionen entstehen. Gründe können Infrastruktur, lokale Besonderheiten oder auch nur die Zusammenlegung (gemeinsame Nutzung) bestimmter nicht teilbarer Infrastruktureinrichtungen sein (z.B. Hochofen, Elektrizitätswerk, etc.).

3.2 Koordination

3.2.1 Koordination und Kommunikation

„Marktmäßige Koordination ist ein Kommunikationsprozess. Kommuniziert werden müssen konkrete Tauschbegehren und Tauschbedingungen.“ (*Es handelt sich also um Koordination am Markt???*) „Als Ergebnis bringt der Marktprozess abstrakte ... Signale in der Form von Preisen hervor.“

...

3.3 Wettbewerb

3.6.4.2

Die Subventionierung wird mit folgenden Marktversagensargumenten begründet:

Die priv. Bereitschaft Risiken zu übernehmen, ist geringer als volkswirtschaftlich wünschenswert

Private Forschung und Entwicklung sind mit pos. technol. externen Effekten verbunden...

Unteilbarkeit bei einigen Forschungs- und Entwicklungsprojekten (Größe von Projekten) kann Existenzgefährdent für Unternehmen sein

Finanzpolitik

Aufgabe 2:

Diskutieren Sie den Vorschlag, die Mehrwertsteuer anzuheben und die dadurch erzielten Mehreinnahmen zur Senkung der Sozialabgaben zu nutzen.

Lösungsansatz (Stefan Schmidt):

- **Anhebung der Mehrwertsteuer**

- **Personenkreis (Verteilungswirkung)**
Alle Konsumenten = Erwerbstätige, nicht Erwerbstätige, Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfebezieher
- **Bemessungsgrundlage:**
Konsum
- **Tarif:**
Proportional
- **Wirkung (Wachstum und Beschäftigung)**
 - Da Niedrigverdiener einen prozentual höheren Anteil für Konsum ausgeben als Besserverdiener, werden Niedrigverdiener mit der Mehrwertsteueranhebung stärker belastet.
 - Dies soll jedoch durch günstige Mehrwertsteuersätze (7%) für Lebensmittel kompensiert werden. Auch Mietausgaben sind Mehrwertsteuerfrei, was entlastend für Niedrigverdiener wirkt.
 - Anhebung belastet Konsum, nicht Sparen und Investieren und ist deshalb wachstums- und beschäftigungsfreundlicher (als Anhebung der Einkommens- oder Körperschaftsteuer)
 - Export wird nicht belastet (Bestimmungslandprinzip)
Die Mehrwertsteuer wirkt sich nur auf das Inland aus
 - Preissteigerungen (???)
 - Wenn Überwälzung auf die Preise nicht gelingt, dann Nachfragerückgang.
 - Trend zu „Do-it-yourself“, statt Konsum

- **Anhebung der Einkommensteuer (Körperschaftsteuer)**
 - **Personenkreis (Verteilungswirkung)**
Alle Einkommensbezieher (Auch Mieteinnahmen, Zinseinnahmen, etc.???) (*Körperschaftsteuer = alle juristischen Personen [Kapitalgesellschaften]*)
 - **Bemessungsgrundlage:**
Gesamteinkommen (Steuererklärung)
 - **Tarif:**
Progressiv (höhere Einkommen werden mit höherem Prozentsatz versteuert)
 - **Wirkung (Wachstum und Beschäftigung)**
 - Arbeitsangebot geht zurück (weniger Leistungsanreize)
 - Trend zu Schwarzarbeit/Hobby
 - Nettorenditen sinken, neg. Auswirkung auf Investition, Wachstum und Beschäftigung
 - Export wird belastet, da die Zusatzaufwendungen (Körperschaftsteuer) auf die Produkte (Stückkosten) umgewälzt werden müssen (Ursprungslandprinzip).

- **Anhebung der Sozialabgaben**
 - **Personenkreis (Verteilungswirkung)**
Alle abhängig Beschäftigten, außer Beamte
 - **Bemessungsgrundlage:**
Arbeitseinkommen (keine Zins- oder Mieteinkünfte)
 - **Tarif:**
Prppportional bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Bei Einkommen oberhalb der Bemessungsgrenze nimmt prozentuale Belastung ab.
 - **Wirkung (Wachstum und Beschäftigung)**
 - Negative Beschäftigungswirkung. Arbeitsnachfrage geht zurück durch steigende Lohnnebenkosten (da AN effektiv weniger Lohn erhalten = weniger Leistungsanreize)
-> Trend zu mehr Freizeit
 - Ausweichreaktionen im Arbeitsangebot: Selektive Versicherungspflicht auf andere Erwerbstätige, Ausweichen in nicht versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit
 - Trend zu Schwarzarbeit

Aufgabe 3:

Zeigen Sie die Konsequenzen der veränderten demographischen Rahmenbedingungen für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung auf. Legen Sie Ihrer Argumentation die vereinfachte Budgetgleichung der gesetzlichen Rentenversicherung zugrunde.

Welche Wirkungen auf die Beschäftigung und auf die gesamtwirtschaftliche Ersparnis erhofft man sich von einer Senkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung und von einer staatlichen Förderung der privaten Vorsorge? Welche Folgen dürften sich für die künftige Verteilung der Alterseinkommen ergeben?

Lösungsansatz (Stefan Schmidt):

Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur wird mittelfristig immer weniger Beitragszahlern immer mehr Anspruchstellern gegenüberstellen. Einfach ausgedrückt muss immer weniger (Geld) an immer mehr Rentner verteilt werden. Zudem wirkt sich die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Konjunkturschwäche negativ auf die Beitragseinnahmen aus.

Lässt man eine Erhöhung staatlicher Zuschüsse außer acht, so kann nur das verteilt werden, was von den Beitragszahlern eingenommen wird. Gemäß der vereinfachten Budgetgleichung (*siehe Skript S. 43*) ist der Beitragssatz abhängig von der Zahl der Einzahler und deren durchschnittlichem Bruttoentgelt, sowie der Anzahl der Rentenempfänger und deren durchschnittlicher Rente.

$$\text{Beitragssatz} = \frac{\text{Zahl Rentner}}{\text{Zahl Beitragszahler}} \cdot \frac{\text{durchschnittliche Rente}}{\text{durchschnittliches Bruttoentgelt Arbeitnehmer}}$$

(*siehe Skript, S. 47-48*)

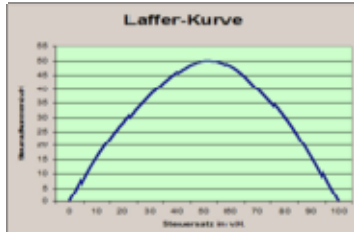
Da das Rentenniveau u.A. abhängig vom durchschnittlichen Entgelt der Versicherten ist, ergibt sich insgesamt eine Beitragssenkung von der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen profitieren: Für die Arbeitgeber sinken die Lohnnebenkosten, wodurch der Anreiz zu mehr Beschäftigung entsteht (Arbeitnehmer werden insgesamt „billiger“). Die Arbeitnehmer können den zusätzlichen Betrag sparen und tragen so zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnis bei. Durch sinkende Zinsen werden Fremdkapitalinvestitionen günstiger und Investitionen werden angeregt (-> Wirtschaftswachstum, Beschäftigung).

Neben den gesamtwirtschaftlichen Vorteilen sind auch Nachteile zu nennen. Im Wesentlichen sind das: Die intergenerationale Umverteilung, die auf Kosten der heutigen Beitragszahler geht. Heutige Rentner bekommen immer weniger, die aktuellen Beitragszahler finanzieren doppelt (heutige Renten und eigene Vorsorge), die künftigen Beitragszahler finanzieren nur noch „ihre eigene“ Rente und beteiligen sich nicht mehr am Generationenvertrag. Im Idealfall profitieren sie auch von einer höheren Rendite, als bei der heutigen staatlichen Rente („Ältere verlieren, jüngere gewinnen“). Ein weiteres Problem ist die Freiwilligkeit der Vorsorge, wodurch sich unterschiedliche Renditen der Individuen ergeben. Ein weiteres Problem ist der Wegfall der Vorsorge bei Problemgruppen (Niedrigverdiener, Arbeitslose, Alleinerziehende, etc.). Um Einkommensarmut im Alter zu vermeiden, muss der Staat die Ausgaben an anderer Stelle erhöhen.

Laffer-Kurve

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)



Beschreibung

Die **Laffer-Kurve** (ca. 1974) beschreibt einen nach dem Ökonomen [Arthur B. Laffer](#) benannten Zusammenhang zwischen [Steuersatz](#) und [Steuereinnahmen](#). Die Idee tauchte bereits in [Jonathan Swifts](#) *Steuereinnahmen* (1728) auf.

Wird der Steuersatz ausgehend von einem Satz von Null sukzessive erhöht, so steigen auch die Steuereinnahmen in einer [Volkswirtschaft](#). Allerdings nur bis zu einem bestimmten Punkt. Wird der Steuersatz über diesen Punkt hinaus weiter in Richtung 100% erhöht, so nehmen die Steuereinnahmen ab. Dieses Phänomen entsteht, weil höhere Steuersätze zu einem Rückgang des volkswirtschaftlichen Outputs führen können. Dieses wiederum kann u.a. auf einen verminderten Arbeitseinsatz zurückgeführt werden. Die Laffer-Kurve unterstellt allerdings dabei, dass die laufende Leistungserstellung eines Betriebes vom Unternehmer selbst determiniert würde und nicht als Reaktion auf die Marktnachfrage erfolge.

In der Volkswirtschaft findet diese Theorie nur verminderten Anklang, da Lage und Scheitelpunkt der Kurve (also der maximale Steuerertrag) nicht genau definiert werden können, da die Kurve hypothetischen Grundlagen folgt. Es lassen sich daher mathematisch auch nur 2 Punkte auf der Kurve bestimmen:

Beträgt der Steuersatz (t) 0%, so ist das Steueraufkommen (T) am Volkseinkommen (Y) demnach auch 0.

$$T = t * Y \text{ entspricht } T = 0 * Y = 0$$

Beträgt der Steuersatz (t) 100%, so ist das Steueraufkommen (T) am Volkseinkommen (Y) demnach 1.

$$T = t * Y \text{ entspricht } T = 1 * Y = Y$$

Das gesamte Volkseinkommen kommt als Steuern dem Staat zu Gute. Da an diesem Punkt aber $Y = 0$ beträgt, ist so eine Volkswirtschaft nicht mehr vorstellbar, da den Wirtschaftssubjekten kein Geld zur Deckung ihres (überlebenswichtigen) Konsums bliebe. Daher setzt die Laffer Kurve an diesem Punkt auch die Steuereinnahmen auf Null.

Laffers theoretischer Zusammenhang, den er laut eigenen Angaben zum ersten Mal auf einer Serviette eines [Washingtoner](#) Restaurants skizzierte, wurde vor allem unter angebotsseitigen Ökonomen populär. Die praktische Berücksichtigung der Laffer-Kurve erfolgte u.a. während der Reagan-Ära in den USA, führte allerdings nicht zu dem erhofften Erfolg.

Von "<http://de.wikipedia.org/wiki/Laffer-Kurve>"

Kategorien: [Volkswirtschaftslehre](#) | [Steuerrecht](#)

DIW-Studie

Jobwunder durch Sozialreform



Metallindustrie (Foto: ddp)

Eine umfassende Sozialreform könnte laut einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) innerhalb weniger Jahre mehr als 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Bundesregierung müsste dafür die Sozialbeiträge senken und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöhen, wie das Nachrichtenmagazin "Spiegel" berichtete.

Steuerberater - [Experten in Ihrer Nähe](#)
Steuersparkonzepte - [Sind Ihre Steuern zu hoch?](#)

Beschäftigungseffekt durch Umfinanzierung

Bereits bei einem Umfinanzierungsvolumen von 20 Milliarden Euro würden nach der im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) erstellten Studie binnen zweier Jahre rund 100.000 neue Jobs entstehen. Nach fünf Jahren wäre der Beschäftigungseffekt bereits mehr als doppelt so hoch.

Versicherungsfremde Leistungen

Bei einer Senkung der Sozialbeiträge um 40 Milliarden Euro und einer Anhebung der Mehrwert- und Einkommensteuer um jeweils 20 Milliarden Euro würden innerhalb von fünf Jahren 400.000 zusätzliche Stellen entstehen. Zugleich stellten die DIW-Forscher fest, dass in den deutschen Sozialsystemen noch immer in erheblichem Umfang allgemeine Staatsaufgaben über Sozialbeiträge finanziert werden. So belaufe sich das Volumen so genannter versicherungsfremder Leistungen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung derzeit auf mehr als 83 Milliarden Euro.

Mehr zum Thema:

Arbeitslosenzahlen Januar - [Nachkriegsrekord erreicht](#)

Minijobber - [Firmen beschäftigen weniger](#)

Bitte beachten Sie auch:

Newsletter

Franchise-Download

Firmenauskünfte

[Immer auf dem Laufenden sein](#)

[Aus 5000 Geschäftsideen wählen](#)

[Von renommierten Anbietern](#)

(28.02.2005)

<http://www2.t-online.net/dyn/c/35/53/54/3553544.html>

1.) Welche Wirkungen gehen von einer Besteuerung

a.) des Markteinkommens

b.) des durch Markt-Umsätze stattfindenden Konsums

c.) einer Kopfsteuer

auf Schwarzarbeit und Hobby aus. (hier dasselbe)

Welche Steuern erfüllen die weitestgehenden Neutralitätspostulate? Was spricht gegen diese Steuern?

a.) Das Markteinkommen ist eine Zielgröße, d.h. der Mensch strebt nach einer Maximierung des Markteinkommens. Steuervermeidungshandlungen führen zu einer Selbstschädigung, solange der Grenzsteuersatz kleiner als 1 ist. Es besteht ein Anreiz zu verstärkter Schwarzarbeit = Hobby, da die Bemessungsgrundlage dadurch nicht erhöht wird.

b.) Eine Besteuerung des Konsums ist ebenso eine Zielgrößenbesteuerung. Wollen Steuern vermieden werden, ist dies nur durch Konsumverzicht möglich. Dies ist jedoch von Menschen nicht gewollt. Die Motivation zur Schwarzarbeit aus steuerlichen Gründen sinkt in Bereichen, in denen Dienstleistungen angeboten werden, da legale Arbeit ebenso steuerfrei ist. Die Ausübung von Hobbies (= Schwarzarbeit) wie Angeln usw. tritt verstärkt auf, da dadurch Steuern gespart werden können. Der Nichtmarktverbrauch nimmt zu.

c.) Mit einer Kopfsteuer sind Steuervermeidungshandlungen nicht möglich, da jeder gleichermaßen betroffen ist. Die Steuer trifft jeden und ist somit allokatonsneutral. Es bestehen keinerlei Motivationen zu Schwarzarbeit oder vermehrter Ausübung von Hobbies, da dadurch keine Steuern gespart werden können. Am neutralsten ist die Kopfsteuer, da keinerlei Handlungen aus steuerlichen Gründen hervorgerufen werden. Es kommt jedoch durch die Kopfsteuer zu keinen Umverteilungen, was eine Einführung nicht möglich macht.